

Politische Korrektheit: Inszenierungen auf dem Rücken von Minderheiten?

Bleeker-Dohmen, Roelf; Strasser, Hermann

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bleeker-Dohmen, R., & Strasser, H. (2011). Politische Korrektheit: Inszenierungen auf dem Rücken von Minderheiten? *Soziologie heute*, 4(15), 24-26. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-415170>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Politische Korrektheit

Inszenierungen auf dem Rücken von Minderheiten?

von Roelf Bleeker-Dohmen und Hermann Strasser



Bild: wikimedia commons

Knapp zwei Jahrzehnte nachdem die politische Korrektheit auch im deutschsprachigen Raum Gegenstand öffentlicher Debatten geworden ist, scheint das Anliegen der politisch Korrekten gescheitert. Nicht, weil sie in einer breiten Diskussion von besseren Argumenten besiegt worden wäre, vielmehr weil sowohl ihre Gegner als auch ihre Befürworter sie längst zur Plattform der eigenen Inszenierung gemacht haben. Roelf Bleeker-Dohmen und Hermann Strasser nehmen mit ihrem Beitrag Bezug auf die Pro- und Contra-Debatte in der Dezemberausgabe von *soziologie heute*.

Als ein Projekt der amerikanischen Linken und Liberalen zur Korrektur der Sprachregelung gestartet, hat die *political correctness* (PC) in ihrem Herkunftsland durchaus Einfluss gehabt, insbesondere an den Universitäten: Über Sprachgebote sollte das Bewusstsein und entsprechend das menschliche Handeln „verbessert“ werden im Sinne eines respektvolleren Umgangs mit Minderheiten. Spätestens Mitte der 1980er Jahre fasste die politische Korrektheit im deutschsprachigen Raum Fuß und blieb auch hier keineswegs ohne Einfluss: Negerküsse hei-

ßen längst Schokoküsse, die Asylanten sind zu Asylbewerbern, bei Zeitgeistigen zu MigrantInnen aufgestiegen.

Maulkorb oder „offenes Wort“?

Dass Sprache der Schlüssel der menschlichen und gesellschaftlichen Entwicklung ist, hat Alfred Rammer in seinem Pro-PC-Beitrag in der letzten Ausgabe von *soziologie heute* dargelegt. Wenn die herrschende Sprache die Sprache der Herrschenden ist, gibt es in einer aufgeklärten und auf dem Prinzip gleicher Rechte und Pflichten beruhenden Gesellschaft gute Gründe,

sprachliche Zuschreibungen und Stereotype auf ihre Wirkung hin zu überprüfen.

Rammer wie auch sein Diskussionspartner Paul Ertl legen diesen Maßstab folgerichtig auch an den politisch korrekten Sprachgebrauch an: Die daraus entstandenen Sprachmuster bedürfen einer regelmäßigen Überprüfung, um Fehlentwicklungen zu erkennen und zu vermeiden. Kommunikation als bewusste Sprache, deren Grenzen immer auch die Grenzen der Gesellschaft sind, kann nur in einem

ständigen Prozess entwickelt werden. Dass die PC diese (Weiter-) Entwicklung verpasst (hat) und zum ideologischen Maulkorb geworden ist, stellt ein Hauptargument ihrer Gegner dar.

Über den sprachlichen Aspekt hinaus krankt die PC aber vor allem daran, dass sie einerseits keine wirkliche normative Kraft hat, vielmehr zu Reaktionen „hinter vorgehaltener Hand“ führt, andererseits wird ihr aber gerade von ihren erklärten Gegnern eine ungeheure soziale Macht zugeschrieben. Das Anliegen einer „korrekten“ Sprache im Sinne des Minderheitenschutzes kehrt sich so ins Gegenteil. Nonkonformisten im Sinne des amerikanischen Soziologen Lewis A. Coser nutzen das PC-Argument für ihre Zwecke, indem sie nicht einfach von der PC-Norm abweichen und versuchen, diese Abweichung zu vertuschen. Nein, sie bemühen sich vielmehr um eine „alternative moralische Basis“, die sie an eine möglichst breite Öffentlichkeit verkaufen wollen. Sie blasen die PC zur tabuisierenden Macht auf und betonen gleichzeitig ihre eigene Courage: Mut sei nicht erforderlich, um sich für Minderheiten einzusetzen. Mut erfordere es dagegen, sich gegen den herrschenden Gesinnungsterror der PC zu erheben.

Worte wie Maulkorb und Gesinnungsterror wirken argumentativ inzwischen ebenso erschlagend wie das, was sie beklagen. Mit dem Hinweis auf das angeblich Undemokratische der politisch Korrekten wird der Boden bereitet für den Gegenangriff. Deshalb erhält auch ein Bruch mit dem historischen „Reflexionsniveau“, als das Jürgen Habermas den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit einmal bezeichnete, heute eine andere Färbung, wenn er nur mit dem Hinweis auf die Macht der PC verbunden wird. Nationalstolz und ein „offenes Wort“ zur Ausländerproblematik gelten dann nicht mehr länger als gefährlich, sondern als trot-



Der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Philipp Jenninger (rechts), empfängt den neuen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. Jürgen Sudhoff, zum Antrittsbesuch im Bundeshaus (Mai 1987).

Foto: Engelbert Reineke, Deutsches Bundestagebüro

ziges Aufbegehren gegen den Gesinnungsterror. Wer sich erfolgreich als dessen Opfer definiert, erhält oft eine moralische Rehabilitation auch dann, wenn man ihn zuvor noch kritisierte.

PC - medial inszeniert - ein Trumpf

Gerade in der öffentlichen Politik ist es zum beliebten Instrument geworden, das eigene Profil an dieser aufgeblasenen Macht der PC zu schärfen und so das gewünschte öffentliche Interesse zu erregen. Die Politiker Jörg Haider in Österreich und Jürgen W. Möllemann in Deutschland waren Meister ihres Faches. Dass beide auf gewaltsame Art zu Tode kamen, ist für manchen Verschwörungstheoretiker ein gefundenes Fressen.

Auf medialer Ebene sind Verstöße gegen die PC besonders wirksam, da sie den Mechanismen der Massenmedien sehr entgegenkommen. Erstens, weil die Medien, nicht nur das Fernsehen, Themen produzieren und reproduzieren, die ohne sie gar keine wären. Medien können Ereignisse erschaffen, indem sie ihnen publizistisch Bedeutung verschaffen. Zweitens blüht der Streit um die PC in den Medien so prächtig, weil diese die Meinungen und Aussagen weder kontextgebunden noch vollständig transportieren, das aber in einer immensen Geschwindigkeit. Gewieft Strategen nutzen bewusst genau das, indem sie provozierende Zusammenhänge herstellen und sich daran erfreuen, wenn der Zündstoff zur Explosion kommt. Manche erschrecken freilich auch darüber, wenn eine möglicherweise unbedachte Äußerung in einer kleinen Runde mit ironischer Absicht Medienkarriere macht und sich am Ende gegen den Sprecher wendet. So mancher Politiker, der sich bis dahin kaum durch überzogene Aussagen hervorgetan hat, musste infolge einer solchen Fehlleistung, mag

sie tatsächlich oder vermeintlich gewesen sein, zurücktreten.

Als eindrucksvolles Beispiel kann der frühere Präsident des Deutschen Bundestages, Philipp Jenninger, gelten, der zum 50. Jahrestag der Novemberprogrome 1938 am 10. November 1988 im Bundestag eine Rede hielt, in der er versuchte, die Ursachen zu erklären, warum die Deutschen sich für den Nationalsozialismus begeisterten. Vor allem der Stil seiner Rede und die Art seiner Betonung ließen den Eindruck entstehen, er hätte sich nicht ausreichend vom nationalsozialistischen Gedankengut distanziert. Für das Magazin *Der Spiegel* wurde daraus eine misslungene deutsche Vergangenheitsbewältigung: „Die Union, das machte Jenninger auf bedrückend einfältige, aber bezeichnende Art klar, wird die Schatten der Vergangenheit nicht los. Unter rhetorischen Floskeln, hinter dem besten Willen und lauterer Gesinnung schimmern unübersehbar Denkfiguren rechten Spießertums, Weltbilder einer im Kern kaum belehrbaren Stammtischbrüderschaft.“ Nach Protesten von Abgeordneten und teilweiser harscher Kritik der Medien trat er einen Tag später zurück und kandidierte auch nicht mehr bei der Bundestagswahl 1990. Genau ein Jahr später hielt Ignatz Bubis, der damalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland und FDP-Politiker, eine Rede und scheute sich nicht, Passagen aus der Rede Jenningers wörtlich zu übernehmen. Bubis konnte überzeugend darlegen, dass Jenningers Rede nicht inhaltlich, sondern rhetorisch defekt war. Und Herta Däubler-Gmelin verlor 2002 ihr Amt als Bundesjustizministerin, weil sie George W. Bush in einem Atemzug mit Adolf Hitler nannte – und diese Äußerung nicht im kleinen Kreis blieb, weil ein Journalist dabei war und das Skandalpotenzial der Äußerung erkannte.

Auf dem schmalen Grat des effektvollen Umgangs mit den Mechanismen der PC und der Massenmedien wird sich derjenige als Profi erweisen, der das Spannungspotenzial zwischen der empörenden Provokation und der als mutig empfundenen Äußerung nutzt, ohne ihm selbst zum Opfer zu fallen: Klug inszeniert ist der Schaden geringer als die Öffentlichkeitswirksamkeit – ein wichtiges Pfund im medialen Politikbetrieb.



Jörg Haider - nachdenklich politisch inkorrekt?

Foto: sugarmelon.com, wikimedia commons



Thilo Sarrazin, bei der Vorstellung seines Buches „Deutschland schafft sich ab“, August 2010. (Quelle: wikimedia commons)

Die Einschätzung, PC erzeuge auf diese Weise genau das, was sie zu verhindern suche, bestätigt sich damit auf eindrucksvolle Weise. Insofern besteht ihre Macht nicht darin, dass sie Verstöße gegen ihre ohnehin nur ungenau definierten Regeln im Sinne einer Zensur verbieten könnte. Sie besteht vielmehr darin, dass sie ihr zuwiderlaufende Äußerungen mit Hilfe der Medien zum Skandal machen kann. So lange der gesellschaftliche Druck geringer ist als die positive Resonanz, lohnt sich für den nach Öffentlichkeit strebendem Nonkonformisten der Verstoß gegen die PC. Das aufgeregte Dagegenhalten des ebenfalls nach öffentlicher Beachtung strebenden Tugendwächters gibt diesem Verstoß erst den nötigen Hintergrund. Solche Gefechte tragen beide Seiten letztlich auf dem Rücken der Minderheiten aus, die nach PC-Lesart eigentlich geschützt werden sollten.

Und die Moral von der G'schicht?

Gibt es also keine Möglichkeit zur Verständigung? Doch – und das zeigt ausgerechnet die Debatte um *Deutschland schafft sich ab*, das im letzten Jahr erschienene Buch des ehemaligen Politikers und Bundesbankers Thilo Sarrazin. Diese Debatte war bei allen schrillen Tönen in Teilen auch erhellend, denn Sarrazin fuhr zweigleisig: Er provozierte bewusst mit empörenden Aussagen, bot jedoch bei aller Umstrittenheit Stoff und genügend Ansatzpunkte für eine substanziellere Diskussion um Integration, sozialen Zusammenhalt und gesellschaftliche Entwicklung. Dass es Sarrazin ohne seine Provokationen nicht gelungen wäre, diese öffentliche Diskussion anzustoßen, wissen Unterstützer wie Gegner längst.

Wenn die Idee der sprachlichen Rücksichtnahme Ausgangspunkt für immer

neue Diskussionen ist, ob und auf welche Weise diese Rücksichtnahme auf Minderheiten gesellschaftlich notwendig und hilfreich ist, ohne dass das mit rigiden Normen verbunden wird, hat das Anliegen der PC einen gesellschaftlichen Wert wie die Höflichkeit: Es gehört zum menschlichen Miteinander dazu, sich Meinungen übereinander nicht ungefiltert ins Gesicht zu sagen, sondern dem Gegenüber zu jeder Zeit Verbindlichkeit und Respekt zu signalisieren. Nur auf diese Weise können gesellschaftliche Gruppen auf Augenhöhe ins Gespräch über substanzielle Fragen kommen.

Wenn sich aber Minderheitenschutz und Integration auf Sprachschablonen beschränken, ist das, wie Paul Ertl zutreffend schreibt, nur Ausdruck der „Ohnmacht unserer Gesellschaft“ und auf dem Weg zu einem gesellschaftlichen Miteinander noch nichts erreicht. Ohne Angst vor Sprachgeboten über einen respektvollen Umgang miteinander ins Gespräch kommen, um gemeinsam konkrete gesellschaftliche Ziele zu erarbeiten, muss eine Absicht sein. Das wird allerdings nicht auf dem vom CDU-Politiker Jörg Schönbohm ausgerufenen „Schlachtfeld der Tugendwächter“ erreicht. Es muss vielmehr deutlich werden, wofür auch Ertl plädiert, dass die PC für Minderheiten kein Ersatz für echte, weil *strukturelle Integration* sein kann – eine Integration, die nicht zuletzt von der gleichberechtigten Teilhabe am Heirats-, Arbeits- und Wohnungsmarkt abhängig ist. Die Frauenquote in Beschäftigungsverhältnissen hat schon längst ihre Bumerangwirkung unter Beweis gestellt, indem sie auf den Vorder- und Hinterbühnen der Gesellschaft zum abwertenden, weil Nichtleistungskriterium der beruflichen Tätigkeit dieser Frauen wurde und das Gegenteil dessen bewirkte, was ihre Befürworterinnen beabsichtigten.

Dann sollte auch der sprachliche Formulierungswahn mit den unsäglichen Binnen-I und Schrägstrichen ein Ende haben und deren Gegner aus der sexistischen und rechten Ecke wieder in die Mitte der Gesellschaft treten lassen, wo sie hingehören. Wenn die Politische Korrektheit nicht mehr dazu dient, sich auf die eine wie die andere Weise auf dem Rücken von Minderheiten zu inszenieren, kann die Diskussion übers Inhaltliche beginnen und

die Überschriften der Kontrahenten Rammer und Ertl zu einer Zukunftsvision zusammengeführt werden: Dann dürfen wir endlich DAS wollen, weil wir DAS wollen dürfen.



Strasser, Hermann, geb. 1941, Dr. rer. oec. Universität Innsbruck, PhD (Soziologie) Fordham University, New York, Habilitation Universität Klagenfurt, 1977-2007 Inhaber des Lehrstuhls für Soziologie an der Universität Duisburg-Essen, seit 1.3.2007 emeritiert.

Forschungsschwerpunkte: Soziologische Theorie, soziale Ungleichheit, sozialer Wandel (Klassenstruktur, Arbeitslosigkeit, Drogenkonsum, multi-kult. Gesellschaft, soziales Kapital). Inhaber von *V•E•R•B•A•L*, Ratingen, wo seit 1989 *Biografien und Chroniken für Unternehmen, Familien und Persönlichkeiten* geschrieben werden.

Publikationen: Mehr als 200 Aufsätze in in- und ausländischen Fachzeitschriften, (Mit-)Autor bzw. (Mit-)Herausgeber von 30 Büchern, zuletzt *Woran glauben? (2007)*, „Das da draußen ist ein Zoo, und wir sind die Dompteure“: *Polizisten im Konflikt mit ethnischen Minderheiten und sozialen Randgruppen (2008)*, *Köpfe der Ruhr (2009)* und *Hans Weber – Lebens(t)räume (2010)*.



Dr. Roelf Bleeker-Dohmen, geboren 1973 in Emden/Ostfriesland, Soziologiestudium und Promotion an der Universität Duisburg-Essen, Berufstätigkeit als Journalist sowie am Institut für Soziologie und im Akademischen Beratungszentrum der Universität Duisburg-Essen. Seit 2006 Leiter der Unternehmenskommunikation der diakonischen Graf-Recke-Stiftung in Düsseldorf.